

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.25 Uhr
Ende: 13.25 Uhr

1) Ersatzunterkunft für das Gebäude Kärntnerstraße/Lazarettgürtel

GR. **Lozinsek** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GR. **Lozinsek**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Tatjana! Im vergangenen Jahr hast du durch eine entsprechende Pressemeldung aufhorchen lassen, indem du für die Bewohner des Hauses in der Kärntner Straße/Lazarettgürtel, besser bekannt unter der Bezeichnung Grazer Punks vom Hauptplatz, eine neue Bleibe suchst und über die Medien wurde kolportiert, dass du dabei über den Einsatz von einer halben Million Euro für ein geeignetes Grundstück und den Erwerb ehemaliger Olympia-Container nachdenkst.

Nun hast du in der Folge zwar diese Meldungen relativiert, es bleibt aber die Tatsache, dass über kurz oder lang für jene Menschen eine neue Unterkunft zu finden und in weiterer Folge vermutlich auch von der Stadt Graz zu finanzieren sein wird.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich die

Frage,

ob du mittlerweile den Gemeinderat über die zukünftige Wohnversorgung der Punks informieren kannst?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, liebe Alexander! Zuerst muss ich voranstellen, ich freue mich über dein ehrliches Interesse am Thema Wohnversorgung für wohnungslose Menschen, das sind immerhin 1500 Menschen in Graz, auch jene, die unter dem Titel Punks immer genannt werden und ich möchte

hier eben auch mit dieser Einleitung klarstellen, dass die Gruppe der Punks nur eine von vielen Zielgruppen ist, für deren Wohnversorgung wir in der Stadt Graz mit gutem Grund sorgen und deren Wohnversorgung wir natürlich auch finanzieren. 1.500 Menschen in Graz, Wohnungslose, bedeutet von 2002 bis 2006 haben wir, hat die Stadt Graz, in Summe fast fünf Millionen Euro ausgegeben für Projekte. Ich nenne die wesentlichen Projekte: für die Arche 38, ein Projekt der Caritas, über 860.000 Euro, 35 Personen werden dort im Bereich betreutes Wohnen unterstützt, für das Resi-Dorf Projekt der Caritas insgesamt 702.466 Euro, da geht es um 27 Personen, die 2006 wohnversorgt wurden, für alle Vinzi-Initiativen insgesamt über eine Millionen, für das Caritas-Wohnungslosenprojekt 309.000 Euro, für die Caritas-Wohnungsassistenz 80.700 Euro und für das Haus Elisabeth über 125.000 Euro. Und die Mehrheit von Ihnen, geschätzte GemeinderätInnen, hat im Dezember für den Voranschlag 2007 gestimmt und damit eine Summe von 914.000 für die Aufrechterhaltung der Wohnversorgung, der wohnungslosen Menschen, in Graz gestimmt. Und erlaube mir, lieber Alexander, eine kurze Darstellung der Sachlage, in der wir uns im Augenblick befinden. Die Thematik oder die Herausforderung, eine neue Wohnversorgung für die Gruppe der Punks zu finden, stellt sich ja schon seit zwei Jahren und nach meinen letzten Informationen wird eben die bisherige Bleibe in der Kärntner Straße spätestens im März 2007 nicht mehr zur Verfügung stehen, es gibt zwar einige Optionen, dass dieses Angebot noch verlängert wird, aber auch das ist noch nicht zur Gänze geklärt. Und, ich möchte auch richtig stellen, ich habe nie medial relativiert, wie du das nennst, ich habe nur richtiggestellt. In der Stadtregierungssitzung vom 11. Oktober 2005 habe ich ein gemeinsames Bekenntnis zur weiteren Wohnversorgung der Punks herbeigeführt, ist auch protokolliert und habe damit eigentlich, nicht nur eigentlich, sondern tatsächlich auch den Auftrag erhalten von der gesamten Stadtregierung, für ein Nachfolgewohnungsprojekt für die Gruppe der Menschen, die in der Kärntner Straße gelebt haben und jetzt noch leben, zu sorgen. Richtig ist, in der AOG für 2007 wurden 450.000 Euro, die du anführst, ausverhandelt, allerdings als maximale Summe. Ich suche nämlich, das ist ja sichtbar gewesen, denke ich, und werde ich auch noch sichtbar machen, gemeinsam mit der Fachabteilung, mit dem Sozialamt, seit zwei Jahren nach einer geeigneten Unterkunft. Bis zu Beginn der Budgetverhandlungen des vergangenen Jahres allerdings leider ohne Erfolg. Ich darf hier einen meiner eigenen Pressetexte zitieren, der da gelautet hat in einer Grazer

Zeitung: Wir sind auf der Suche nach Standorten und geeigneten Objekten, deren Brauchbarkeit aber auch überprüft werden muss. Natürlich ist es schwierig, einen geeigneten Standort für die Wohnversorgung zu finden, einerseits muss das Nachfolgequartier gut erreichbar sein, andererseits soll es nicht als Aufreger und Gefährdung der Nachbarschaft verstanden werden. Ich habe damals schon vermutet, was sich entwickeln wird, es werden einfach jene, die ein Interesse haben, dass Empörung und Aufregung in dieser Stadt entsteht, sehr aktiv werden, gerade angesichts von bevorstehenden Wahlen. Was ich dazu zu sagen habe, habe ich übrigens eh in der Budgetrede des vorigen Jahres sehr deutlich gemacht. Dann hieß es weiter: Die Vor- und Nachteile diverser Objekte werden also für alle Beteiligten abgewogen werden müssen, für Hinweise über geeignete Objekte seitens Privatpersonen oder Firmen wären wir sehr dankbar. Wir haben also mit dieser Bitte mehrfach einen Aufruf an die Bevölkerung getätigt, es gab leider keine brauchbaren Rückmeldungen. Und eines möchte ich schon ganz klar sagen, ich wäre keine verantwortungsbewusste Politikerin, hätte ich dieses Faktum schlicht und einfach ignoriert. Die Suche nach Alternativen und Optionen, wenn sich eine Lösung nicht abzeichnet, gehört schlicht und einfach zum Tagesgeschäft einer Politikerin und ich habe das sehr wahrgenommen und nehme das auch sehr wahr. Wir haben diese 450.000 Euro in das Budget gestellt, haben aber auch seit damals nicht aufgehört und bis damals nicht aufgehört, nach günstigeren Optionen zu suchen, bis heute leider immer noch nicht erfolgreich, das ist der derzeitige Stand. Es bieten sich einige Optionen an, aber die optimale Lösung scheint im Augenblick noch immer nicht darunter zu sein. Ich möchte auch richtigstellen, was vielfach mir unterstellt wurde in medialen Berichterstattungen und vor allem von politischen Partnern oder Gegnern, manchmal weiß man ja nicht, wie man es definieren soll. Es ist mir nie darum gegangen, ein Punkdorf zu errichten, es ist mir nie darum gegangen, eine Wohnversorgung für die Menschen zu errichten, die dann dazu führt, dass wir aus ganz Österreich oder ganz Europa Punks anziehen, sondern es geht mir schlicht und einfach darum, alle Menschen, die unter schwierigen Rahmenbedingungen leben, die unter schwierigen Rahmenbedingungen dazu gekommen sind, dass sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, zu unterstützen und zu dieser Unterstützung gehört in einer Stadt, die sich den Menschenrechten verpflichtet hat, schlicht und einfach die Wohnversorgung dazu. Also langer Rede, kurzer Sinn, wir suchen weiter, wir prüfen einige Angebote, die wir haben und natürlich werden wir

die günstigste, kostengünstigste Variante wählen und ich werde dann, wenn sich ganz klar abzeichnet, was es sein wird, rechtzeitig in Kontakt treten mit der Bezirksvorstehung, die es betreffen wird, mit allen, die ein Interesse an einem Dialog und einem Diskurs dazu haben, ich werde den Ausschuss und den Gemeinderat rechtzeitig informieren.

GR. **Lozinsek:** Wenn ich es richtig verstanden habe, einige Optionen gibt es, aber nichts Konkretes, du selbst hast aber gesagt, bis vermutlich spätestens März 2007 werden diese Personen aus diesem derzeitigen Wohnobjekt ausziehen müssen. Die Frage ist, wenn ich das jetzt einmal mit dem Worst Case bezeichnen darf: Was passiert, wenn bis März 2007 sich keine der möglichen oder der derzeitigen Optionen auftut und sich noch nichts ergeben hat, was passiert dann mit den Leuten, die können ja dann nicht auf der Straße stehen oder müssen die dann am Hauptplatz ein Zelt aufschlagen oder wie auch immer, was hast du sozusagen für den sogenannten Worst Case geplant oder gibt es überhaupt eine Planung?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich plane nicht den Worst Case, weil ich davon ausgehe, dass wir eine Lösung finden werden. Und wenn die Lösung nicht gefunden wird, dann haben wir genau das, was du angesprochen hast, dass die Leute nicht wohnversorgt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand von uns das möchte. Also wir werden eine Lösung finden, zu der wir dann allerdings gemeinsam stehen müssen und ich fordere alle, die jetzt schon Lust verspüren, dieses Thema zu einem Wahlkampfthema zu machen, ganz dringlich, ganz eindringlich dazu auf, mit mir gemeinsam Lösungen zu tragen, damit wir unseren Ansprüchen gerecht werden können, den Ansprüchen einer solidarischen und sozial gerechten Stadt (*Applaus SPÖ*).

2) Barrierefreie Adaptierungen der städtischen Liegenschaften

GR. **Hohensinner** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! „Barrierefreiheit“ wird in unserer Stadt sehr groß geschrieben, im EU –Vergleich übernehmen wir oft eine Vorreiterrolle.

Trotzdem gibt es hier noch einiges zu tun.

Seit 1993 und 1995 gibt es Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates zur Barrierefreiheit der Stadt Graz, 1997 unterzeichnete die Stadt Graz die Barcelona-Erklärung. Außerdem sind seit 1995 laut Steiermärkischer Bauordnung öffentliche Gebäude barrierefrei auszuführen.

Gemäß dem Gesetz sind bauliche und sonstige Anlagen dann „barrierefrei“, wenn sie für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.

Ich werde des Öfteren von Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern noch darauf angesprochen, dass einige Liegenschaften noch nicht zur Gänze barrierefrei sind.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Herr Liegenschaftsreferent, die

F r a g e ,

welche Liegenschaften der Stadt Graz für Menschen mit Behinderung noch nicht barrierefrei erreichbar sind?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Kurt. Ich freue mich sehr, in dir einen Mitstreiter in der Frage der behindertengerechten Ausführung von öffentlichen Gebäuden zu wissen und dein ehrliches Engagement schätze ich, wie du weißt, sehr, daher bedanke ich mich bei dir auch für die Gelegenheit, mit dieser Frage auf diese wesentlichen Fragen, die du aufgeworfen hast, etwas ausführlicher eingehen zu können. Es hat in der letzten Stadtregierungssitzung eine exzellente Darstellung des Referates für barrierefreies Bauen, wir sind nach meinem Kenntnisstand österreichweit die einzige Gemeinde, die ein solches Referat

eingerrichtet hat und dabei ist erfreulicherweise mehrfach beispielhaft angeführt worden, wie gut die Zusammenarbeit zwischen Liegenschaftsverwaltung und eben diesem Referat, das wir in den eigenen Reihen im Rahmen der Stadtbaudirektion haben, funktioniert und auch die Ergebnisse dieser Arbeit sind dargestellt worden. Ich glaube, dass du die allermeisten Vorzeigebeispiele kennst, unter anderem zum Beispiel im Portierbereich des Rathauses die sprachunterstützte Sprechanlage, die auch Hörbehinderten und Sprachbehinderten möglich macht, also die Serviceleistungen der Portierloge in Anspruch zu nehmen. Es gibt sehr viele Beispiele für Treppenlifte, für Leitsysteme, nicht nur im Bereich der privaten Liegenschaften der Stadt Graz, sondern selbstverständlich auch im öffentlichen Bereich. Damit spreche ich schon an, dass also nur ein Teil der Liegenschaften und Problembereiche tatsächlich in meinem Verantwortungsbereich liegt. Schulen zum Beispiel selbstverständlich nicht, andere Bereiche auch nicht, auch die Kindergärten zum Beispiel nicht. Trotzdem gibt es tatsächlich noch einige Bereiche, die noch nicht so weit sind. Ich habe mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erkundigt, ob der Kontakt gut funktioniert und es ist auch tatsächlich der Fall. Bei allen Umbauarbeiten wird dieses Referat in Anspruch genommen, da wo wir noch einen Verbesserungsbedarf haben, und es wird auf meine Anweisung in Zukunft hin auch so geschehen, dass bei allen Ausschreibungen für die ich ja auch nur zum Teil zuständig bin, bei allen Ausschreibungen die Architekten explizit aufgefordert werden, die Dienste dieses Referates in Anspruch zu nehmen, es reicht nicht, die ohnehin gesetzlichen Vorschriften einzuhalten, sondern es ist vor allem das Know-how, das wir in einer außerordentlichen guten Art und Weise konzentriert haben bei uns auch zu nutzen. Die Liegenschaftsverwaltung hat im Zuge der Leasingsanierungen und auch sonstigen ständigen Adaptierungen im Bereich der Amts- und Geschäftsgebäude in den letzten zehn Jahren zahlreiche Barrieren für Behinderte beseitigt und auch die Neuanmietung von Räumen, in denen KundInnenverkehr stattfinden soll, wurde so durchgeführt, dass darauf geachtet wird, einen barrierefreien Zugang zur Verfügung zu stellen. Das Steiermärkische Baurecht in der geltenden Fassung sieht die barrierefreie Ausbildung für öffentliche Gebäude ausdrücklich vor im § 111, du hast es selbst zitiert, im zweiten Absatz dieses Paragraphen wird festgelegt, dass bei Zu- und Umbauen die bestehenden baulichen Anlagen, sofern hierdurch keine im Vergleich zu den Kosten der Baumaßnahmen unverhältnismäßig hohe Mehraufwendung entsteht, barrierefrei auszubilden sind.

Das heißt also, es gibt eine sukzessive Anpassung auch auf Grund dieses Gesetzes bei Um- und Zubauen, es wäre natürlich eine Überforderung nicht nur der öffentlichen Hand, wenn diese Maßnahmen ad hoc und sofort geschehen müssten. Das führt natürlich dazu, dass es auch nur eine schrittweise Verbesserung geben konnte. Wir sind hier aber schon sehr, sehr weit gekommen. Nach Maßgabe der Budgetmittel und nach baulichen Möglichkeiten wurde also auch dieser Vorgabe entsprochen. KundInnenfrequentierte Ämter in eigenen beziehungsweise in GBG-Gebäuden, die noch nicht barrierefrei zugänglich sind, sind allerdings folgende: das A 21, Wohnungsamt im Haus der Alberstraße 12, für dieses Gebäude besteht keine technisch sinnvolle Möglichkeit, das Objekt barrierefrei zu gestalten, das Amt müsste also neue Räumlichkeiten beziehen, um den barrierefreien Zugang zu gewährleisten. Bitte um Entschuldigung, ich weiß, dass ich eigentlich mich kurz halten sollte, aber die Frage stellt eine umfangreiche Beantwortung sozusagen von vornherein ins Haus, daher versuche ich, das auch so genau wie möglich zu machen. Zweitens das Parkgebührenreferat A 10/1P in der Keesgasse 6, hier wird bereits daran gearbeitet, diesen Teil des Parkgebührenreferates, der also für KundInnenverkehr zugänglich sein sollte (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), vom Erdgeschoss in frei gewordene Räume im Obergeschoss, die mittels Lift behindertengerecht erreichbar sind, zu verlegen, hier also durch eine Umlegung diese Anforderung zu erreichen. Das A 7 Veterinärreferat und die Marktaufsicht mit einem geringen Kundenverkehr im Haus Lagergasse 132, eine Übersiedlung der Ämter wird überlegt, ist aber nur in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeisteramt beziehungsweise dem Herrn Bürgermeister selbst möglich, weil er für die Raumzuteilung zuständig ist. Diverse Kinderbetreuungseinrichtungen werden sukzessive adaptiert, da gibt es also viele, die vor allem neu errichteten und die renovierten, wo die Möglichkeiten schon so sind, wie sie sein sollten, aber es gilt zugegebenermaßen noch nicht für alle Bereiche. Kundenfrequentierte Ämter in angemieteten Gebäuden, die nicht barrierefrei zugänglich sind, sind folgende: das A 2 Standesamt am Joanneumring 6, der Lift ist erst ab dem Halbstock erreichbar, es ist aber beabsichtigt, das Standesamt ins Amtshaus zu verlegen. Das A 23 Umweltamt im Haus Kaiserfeldgasse 1 mit einem allerdings nur geringen KundInnenverkehr, Eingangsstufen, der Lift endet einen Halbstock vor dem Eingang zum Amt. Es ist, glaube ich, leicht zu verstehen, dass genau diese Lösungen sehr schwer durchzusetzen sind, weil ja auch der Hauseigentümer entsprechende

Zustimmungserklärungen, zum Beispiel für Treppenlifte, geben müsste, aber daran wird gearbeitet und auch verhandelt, soweit das auch einigermaßen sich nur finanziell ausgehen kann. Das A 8/5, Kaiserfeldgasse 17, Hausverwaltung, allerdings mit einer sehr geringen Kundenfrequenz nur. Manche Bezirksämter, zum Beispiel die Bezirksämter Puntigam und St. Leonhard, sind noch nicht behindertengerecht ausgestaltet, es kann aber mit einer Klingel Hilfe geholt werden, dass eine entsprechende Unterstützung gewährt werden kann. Darüber hinaus erarbeitet das Präsidialamt ein neues Konzept für die Servicestellen. Liegenschaften vom Stadtschulamt und der Wohnhausverwaltung sind in dieser Beantwortung allerdings aus verständlichen Gründen nicht berücksichtigt, mein Ziel ist es, einer Prioritätenliste so ähnlich, wie ich sie jetzt aufgeführt habe, folgend eine entsprechende sukzessive Abhilfe zu schaffen, entweder eben durch Übersiedlung von Ämtern oder Durchführung baulicher Adaptionsmaßnahmen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

GR. **Hohensinner**: Danke, Herr Stadtrat, das war sehr ausführlich. Wie ich im Motivenbericht schon erklärt habe, ist eben das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz mit 1. Jänner 2006 in Kraft getreten, das heißt, es gibt Übergangsfristen und dann muss die Stadt Graz wirklich endgültig barrierefrei ausgestaltet sein. Jetzt meine Frage, du hast es schon anklingen lassen, bist du bereit, einen Etappenplan für die Beseitigung der noch bestehenden Barrieren auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

StR. Dr. **Riedler**: Einen solchen Etappenplan gibt es amtsintern ja bereits, wie ich vorhin bereits ausgeführt habe, es ist insofern schwierig, weil wir nicht in allen Bereichen eben durch bauliche Maßnahmen, ich habe das, glaube ich, deutlich ausgeführt, zu den Ergebnissen kommen können, die wir wollen und daher Umsiedlungen notwendig sind, die wiederum mit entsprechenden Mietverträgen verbunden sind. Mein Ziel ist es jedenfalls, diese Umsiedlungen so schnell wie möglich durchzuführen, ein entsprechender Etappenplan wäre daher nur von einem

Amt allein schwer durchzuführen. Es ist vor allem auch eine Frage der Raumzuteilung, wir versuchen ja zum Teil auch jene Bereiche, in denen Ämter sich verkleinern, entsprechend zu nutzen und eine entsprechende Absichtserklärung habe ich, glaube ich, jetzt sehr deutlich abgegeben. Ich bin aber gerne bereit, den Gemeinderat darüber zu informieren, in welchem zeitlichen Rahmen das möglich ist. Die im Moment geltenden gesetzlichen Vorschriften werden von uns jedenfalls striktest eingehalten, insbesondere also im Zusammenhang mit den Umbauten im Rahmen dessen, was im Steirischen Baugesetz uns vorgeschrieben ist und ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, eine Broschüre, die mir vom Kollegen Rüscher beziehungsweise vom Referat für barrierefreies Bauen überreicht wurde, auch dir zu übergeben, ich gehe davon aus, gut informiert wie du bist, dass du wahrscheinlich diese Information hast, aber trotzdem, man soll ja davon nicht genug haben, man sieht also, wir sind hier in einem hohen Maß auch gemeinsam in der Regierung engagiert (*Applaus SPÖ*).

3) Verkehrssituation am Lindweg

GRin. **Felbinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. **Rüscher** folgende Frage:

GRin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Verkehrssituation am Lindweg gestaltet sich nach wie vor problematisch. Die Tempo-30-Regelung wird von Autofahrern weiterhin missachtet und weder von der zuständigen Polizeidirektion noch von privaten Überwachungsunternehmen in einem notwendigen Ausmaß überwacht.

Der vorhandene Gehsteig wird von Autofahrern als Ausweichmöglichkeit genützt, um auf der zu engen Straße aneinander vorbeifahren zu können. Dies bedeutet wiederum massive Gefahrenquellen für die dort lebenden und spielenden Kinder, Fußgängerinnen, Fußgänger, überhaupt die Anwohner dort.

Alle Lösungsansätze, die zur Verkehrsberuhigung beitragen könnten, wie das Aufstellen von Fahrbahnschwellen, Blumentrögen oder ähnliche Maßnahmen wurden abgelehnt, da dies laut Auskunft der A 10/1 durch die flächendeckende Einführung

von Tempo 30 prinzipiell nicht vorgesehen ist. Da auch der Schwerverkehr über diesen „Schleichweg“ ausweicht, um die stark frequentierten Kreuzungen umfahren zu können, spitzt sich die Situation in dieser Straße drastisch zu.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Ist eine Verkehrslösung am Lindweg durch eine Einbahnregelung von der Körblergasse in Richtung Bergmannngasse bereits überprüft worden beziehungsweise welche großräumigeren, verkehrsberuhigenden Maßnahmen sind für diesen Bereich gesetzt worden (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, wir haben im Zusammenhang mit dem Lindweg nicht nur Einbahnlösungen überprüft, sondern auch in einigen Gesprächen, die bei mir im Büro stattgefunden haben und auch in vielen Gesprächen mit der Verkehrsplanung versucht, die dort offenen Fragen zu lösen. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass der Lindweg vor einem halben Jahr sehr vorbildlich saniert worden ist, es ist nicht nur ein neuer Belag aufgebracht worden, sondern es ist über die gesamte Länge des Lindweges eigens ein Gehsteig eingerichtet worden, um vor allem das Sicherheitsbedürfnis zu erhöhen und die Sicherheit der Mütter, Väter mit Kindern, es ist eine große Wohnanlage dort in der Nähe, tatsächlich zu verbessern, das ist gemacht worden. Es ist dann auch von einigen Personen, ich nehme an, Sie werden wahrscheinlich auch von denen gebeten worden sein, hier diese Frage zu stellen, immer wieder die Einbahnregelung gefordert worden. Ich kann Ihnen kurz sagen, aus welchen Gründen wir diesen Vorschlag nicht aufgegriffen haben. Es gibt aus meiner Sicht im Wesentlichen drei Gründe für eine Einbahnstraße. Der erste Grund ist, wenn eine Straße so schmal ist, dass durch das Parken auf beiden Seiten nur mehr eine Fahrbahn zur Verfügung steht. Das ist der Grund für eine Einbahnregelung, das ist am Lindweg nicht der Fall,

der zweite Grund ist, dass eine Einbahnregelung zur Verkehrsbeschleunigung, zur Verflüssigung des Verkehrs eingerichtet wird, da braucht es aber einen adäquaten gegenläufigen Straßenzug, das wäre beim Lindweg die Richard-Wagner-Gasse, die zu schmal ist, in Frage käme auch die Kreuzgasse, an der Kreuzgasse befindet sich ein, wie Sie wissen, ein Spital, ich denke nicht, dass es sehr gescheit ist, vor diesem Spital zu einer Verkehrsverstärkung zu kommen und der dritte Grund ist, dass durch die Einbahnregelung die Einfahrt in ein Gebiet überhaupt unmöglich gemacht wird, wie wir es etwa zum Teil, ich denke für die Wohnbevölkerung jedenfalls mit großem Erfolg, im Leonhardviertel gemacht haben, die Autofahrer waren dort weniger begeistert. Wir haben in Diskussion mit einer anderen Bürgerinitiative in Geidorf derzeit eine Untersuchung in Arbeit, dass wir das Rechtseinbiegen von der Heinrichstraße in die Mozartgasse unterbinden, denn das ist eben eine derartige Unterbindung einer Einfahrt, die dem gesamten Wohnbereich dort zugute käme ohne dass irgend eine andere Straße dann in dem Wohngebiet benützt wird. Das große Kriterium dabei ist, eine kritische Frage ist, ob nicht die Kreuzung am Geidorfplatz überfordert wird und diese wird von der Leistungsfähigkeit sehr stark ausgenützt, da müssen eben diese genauen Untersuchungen stattfinden. Ich darf Ihnen einmal aus meiner Sicht sagen, ich habe selbstverständlich aufgenommen, dass aus Sicht der Bevölkerung dort zuwenig die Höchstgeschwindigkeit von den 30 Stundenkilometern überprüft wird, wir werden bei unserem nächsten Programm für die Überwachung durch das private Unternehmen den Lindweg dort an erste Priorität stellen. Das Zweite ist, Sie haben geschrieben, dass der Gehsteig öfters überfahren wird von den Autofahrern an dieser Engstelle, ich werde mich gerne mit den Wirtschaftsbetrieben da in Verbindung setzen, um nach Möglichkeiten zu suchen, wie etwa die Gehsteigkante erhöht werden kann, ob da Stipfel hingesezt werden können, ich möchte das gerne prüfen. Das Dritte, was ich noch sagen wollte, es gibt von der nahe gelegenen Wirtschaftskammer immer wieder Fragen bezüglich des Parkraummanagements, der Bereich der Wirtschaftskammer wird immer wieder als Durchfahrt genützt werden, wird immer wieder benutzt, was dort selbstverständlich auch Probleme schafft. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass wir diese Fragen alle gemeinsam nochmals aufbereiten und dann eventuell auch nach Lösungen für den Lindweg suchen. Ich möchte aber gerne abschließen und Ihnen sagen, dass die Verkehrssituation am Lindweg mit vielen, vielen anderen Verkehrssituationen in Graz in Wohngebieten nach meiner eigenen Erfahrung, ich wohne dort nicht weit weg,

denke ich, wirklich nicht vergleichbar ist, es ist eine, wie gesagt, neu sanierte Straße, mit einem eigens eingerichteten Gehsteig, eine Situation, die wir in vielen Straßen gar nicht umsetzen können und so denke ich, dass die Bevölkerung relativ jedenfalls gesehen, dort durch diese Maßnahme schon eine beachtliche Erhöhung, vor allem der Verkehrssicherheit, bekommen hat.

GRin. **Felbinger**: Ich bin sehr dankbar dafür, dass es diese Verbesserungen schon gegeben hat, weil vorher war die Situation ja noch drastischer, habe ich das jetzt richtig verstanden, es gibt noch kein wirkliches, konkretes, schriftliches Konzept für diesen Bereich?

StR. Dr. **Rüsch**: Da haben Sie mich völlig missverstanden, ich habe, glaube ich, sehr lange ausgeführt, was wir uns alles überlegt haben, was wir untersucht haben, zu welchem Ergebnis wir gekommen sind und selbstverständlich haben wir dieses Ergebnis auch den Betroffenen dort mitgeteilt. Ich denke der Anlass für die Frage ist eher das, was zur Kenntnis zu nehmen ist, dass die Leute oder einige jedenfalls davon, die dort wohnen, mit dem Ergebnis nicht einverstanden sind, aber es ist sehr viel diskutiert worden. Ich habe Ihnen auch die zwei Fragen genannt, die noch offen stehen und die dort weiterbehandelt werden (*Applaus ÖVP*).

4) Programm für Grazer Pflichtschule

GRin. **Binder** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl! Es geht in meiner Anfrage um die Grazer Pflichtschulen, Schulen wo sich seit vielen Jahren Lehrerinnen und Lehrer redlich bemühen, mit viel Engagement den Schülern die verschiedensten Ebenen von Wirklichkeit zugänglich zu machen, da geht es um Schulen, wo tausende Kinder

sich tagtäglich bemühen, dem Unterricht zu folgen mit mehr oder weniger Erfolg, da geht es aber auch um eine Situation, wo vor nicht allzu langer Zeit in Graz Schulen geschlossen wurden. Die zumindest vereinzelt, was die Volksschule Ries betrifft, doch auch wiederum vielleicht zu einer Schule mit einem besonderen Schwerpunkt werden, aber nicht zu einer städtischen Schule, nicht zu einer öffentlichen Schule, sondern zu einer privaten Schule mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit, da geht es um viele einzelne prekäre Situationen wie, dass wir uns nicht sicher sind, wie die Nachmittagsbetreuung künftig ausschauen wird, wie die Freizeitgestaltung während des Nachmittags in Zukunft betrieben werden wird können, da geht es überhaupt um die Frage, wie kann ein vernünftiger, ganztägiger Schulbetrieb auch flächendeckend organisiert werden. Da geht es darum, Schulsozialarbeit nicht mehr zu unterstützen, anstatt sie enorm auszudehnen, weil wir ja wissen und die Erfahrung machen, dass Kinder mit ganz vielen Problemen in die Schule kommen und wir Lehrerinnen und Lehrer diese Probleme so nicht lösen können, ohne kompetente massive Unterstützung. Dann geht es noch um Schulen, wo in den Klassen mehr als 25 Schülerinnen und Schüler sitzen, aber wir haben ein großartiges Versprechen von einer rot-schwarzen Koalitionsregierung, dass die SchülerInnenhöchstzahl von 25 zumindest in den ersten Klassen, Volksschule, Hauptschule gewährleistet sein soll, aber man schweigt sich vornehm darüber aus, woher die Mittel kommen sollen, das bleibt der Autonomie der einzelnen Schule überlassen. Da müssen wir immer sehr, sehr vorsichtig sein, wenn hier von Autonomie und das Überlassen wir der einzelnen Schule hören. Also da geht es um sehr viele offene Fragen, es geht aber auch um die Frage, welches pädagogische Konzept könnte denn für die Grazer Pflichtschulen gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitet werden und daher stelle ich an Sie, weil ich zwar sehr viel von Ihnen höre und lese, aber nie das, was ich eigentlich hören und lesen möchte, Sie können natürlich sagen, ja, Frau Binder, das wird Ihnen öfter so gehen, dass Sie was hören, was Sie nicht hören wollen, nehme ich auch an, trotzdem sage ich es und stelle jetzt meine

F r a g e

an Sie, Herr Stadtrat Miedl: Gibt es außer den bereits bekannten Selbstdarstellungsprojekten von Ihnen ein umfassendes pädagogisches Programm

zur Unterstützung und Förderung der Grazer Pflichtschulen, das auch den Notwendigkeiten der verschiedenen Standorte gerecht wird?

StR. **Miedl**: Frau Gemeinderätin, so sehr ich auch wollte, ich dürfte pädagogische Programme nicht entwickeln, so sehr mich diese Arbeit unserer Pädagoginnen und Pädagogen auch interessiert, es gibt eine ganz andere Kompetenzverteilung. Sie als Lehrerin wissen ganz sicherlich, dass die Stadt Graz oder die Kommunen und Gemeinden in Fragen der Pädagogik außer Schulerhalter kaum Kompetenzen haben, aber trotzdem möchte ich Ihnen ein paar Dinge sagen. Seit einem Jahr betreibe ich die Aufgabe als Schulstadtrat mit besonderem Engagement, da ist vieles dabei, was einigen nicht passt, aber sehr vieles dabei, was sehr vielen passt und ich habe in Wirklichkeit in der letzten Zeit zwei maßgebliche Initiativen gesetzt. Wir haben das Programm Feng Shui ins Leben gerufen, das sehr viel umfasst, im Wesentlichen das Wohlfühlen in der Schule, das im Wesentlichen die zwei Aktionen, das Obst und die gesunde Ernährung in den Schulen und die letzte Aktion, diese Aktion „Sieben vor sieben“, dass man die Eltern ersucht, in die Schultaschen ihrer Kinder zu blicken, vor Beginn des Hauptabendprogramms, um unnötigen Ballast aus der Schultasche zu entfernen (*Applaus ÖVP*). Jetzt sage ich Ihnen, Frau Gemeinderätin, ich habe mich in einigen Punkten speziell bemüht, der erste Punkt ist die Verkehrssicherheit, der zweite Punkte ist die Gesundheit und die Ernährung unserer Schulkinder; die nächste Frage, für die wir wirklich kompetent sind, ist Schulraum, ich kümmere mich sehr intensiv um ganztägige Schulformen und um die Kommunikation, das Beziehungsdreieck zwischen Kindern, Eltern und PädagogInnen und ich versuche das auch zu schließen und will beitragen und helfen, wo immer es geht. Zur Verkehrssicherheit, Frau Kollegin, ich habe begonnen und wir haben die zehn unfallträchtigsten Schulwege uns herausgesucht und sie mit zunehmenden Bakken gesichert. Es wird so sein, dass wir das Programm im Rahmen der Feng-Schule heuer noch fortsetzen und weitere Schulwege sichern. Ich habe, Frau Gemeinderätin, darüber hinaus diese „Sieben-vor-sieben-Aktion“ aus einem Aufkleber mit reflektierenden Material anfertigen lassen, aus einer 3-M-Folie, damit wir hier einen aktiven Beitrag zur Schulwegsicherheit leisten, weil sehen und gesehen werden die maßgebliche Frage der Sicherheit für unsere Kinder ist (*Applaus*

ÖVP). Ich habe im Bereich der gesunden Ernährung den Obsttag, Mittwoch ist Obsttag, es ist mir jetzt gelungen durch Engagement anderer, ich habe ja das Geld in dieser Summe nicht, ist es mir gelungen, diesen Obsttag weiter aufrecht zu erhalten. Es ist uns gelungen, gemeinsam mit den Stadtwerken, wofür ich mich sehr herzlich bedanke, 28 Trinkbrunnen, die im Frühjahr und im Sommer in den Schulen installiert werden auf eine dringende Empfehlung unserer Zahnärzte. Wasser hilft die Zähne gesund zu halten, das heißt, es ist in dem Bereich Ernährung einiges weitergegangen. Wir werden, Frau Gemeinderätin, im Bereich der gesunden Ernährung für unsere Schulkinder, wir werden, und das werden wir auch heuer so halten, dort wo Schulräume zu sanieren sind, sie weitestgehend nach den Wünschen der PädagogInnen und der Kinder, unter Einbeziehung der Kinder, sie sanieren und ich habe mir auch vorgenommen, speziell die Schulhöfe und Pausenhöfe ins Augenmerk zu nehmen. Meine Damen und Herren und liebe Frau Gemeinderätin, ich habe darüber hinaus in dieser Woche verteilen lassen eine Hauptschulbroschüre an den Volksschulen, das heißt, ein Schwerpunkt, wo wir die Eltern unserer Volksschulkinder über die Vielfältigkeit der pädagogischen Ausrichtung unserer Hauptschulen informieren, es sind alle Hauptschulen angeführt und wir können den Eltern somit eine wirkliche Auswahl zur Verfügung stellen heuer für die Schuleinschreibung. Wir werden, Frau Gemeinderätin die Nachmittagsbetreuung, da ist überhaupt nichts unsicher, Ihre Kollegin hat im letzten Gemeinderat eine Anfrage gestellt, wie es mit den Vereinen weitergeht, wir haben in der Zwischenzeit mit allen Vereinen, die zur Zeit Nachmittagsbetreuung leisten, ein Gespräch geführt, und Frau Kollegin, es wird uns gelingen überall dort, wo Bedarf ist, wo die Eltern, ab zehn Kindern haben wir die gesetzliche Verpflichtung eine Gruppe einzurichten, es werden alle Schulen ganztägig betreute Schulen sein in Graz, das hat es bitte, meine Damen und Herren, noch nicht gegeben und ich kann Ihnen diese Garantie abgeben (*Applaus ÖVP*), ich habe, und der Herr Bürgermeister und der Stadtrat Riedler ist mein Zeuge, wahrlich gekämpft dafür, dass wir baulich ein Stück weiterrücken, auch in einer Zeit, wo das Geld nicht so reichlich zur Verfügung steht. Frau Kollegin, es wird uns gelingen, im heurigen Jahr die Volksschule Waltendorf hier im Gemeinderat zu beschließen und den Ausbau so zu machen, dass die PädagogInnen und Schulkinder dort ein ihnen adäquates und würdiges Auskommen finden werden anhand dieses Schulraums (*Applaus ÖVP*); es wird uns gelingen, und ich habe mich besonders dafür eingesetzt und ich weiß, dass Sie auch da dabei waren, wir haben

die Schulen mit dem gemeinderätlichen Schulausschuss bereist und es gibt vier Schwerpunkte, die mir empfohlen wurden, unter anderem auch von Ihnen, nämlich Volksschule Krones, Mariagrün, St. Peter und St. Veit. Frau Gemeinderätin, es ist mir gelungen, die Architekturwettbewerbe finanziell zu sichern, die werden alle vier heuer stattfinden, dass für die Zeit nach diesem Budget, nämlich nach 2007 und 2008, diese Schulzubauten erfolgen können. Und, Frau Kollegin, ich habe es mir wirklich schwer machen müssen, weil es nicht einfach war, das Geld zu bekommen. Wir werden heuer auch noch die Volksschule Peter-Rosegger und die Volksschule Jägergrund ausbauen damit genau die von Ihnen angezogene Nachmittagsbetreuung möglich wird und das wird auch heuer noch möglich werden. Frau Gemeinderätin, wir werden auf das Ausstattungsprogramm und Mobiliar ein besonderes Augenmerk richten und hier geht es mir vor allem um unsere PädagogInnen. Ich habe mir die Konferenzzimmer angeschaut, die sind zum Teil menschenunwürdig, zum Teil gar nicht vorhanden und hier werden wir spezielles Augenmerk darauf richten, dass für unsere PädagogInnen der Arbeitsplatz in einer adäquaten Form zur Verfügung steht. Darüber hinaus werden wir so wie bisher im Schulbereich auch die Klassenmöbel zur Verfügung stellen. Und was mir ein besonderes Anliegen ist, Frau Kollegin, wir werden heuer erstmals, es ist mir wirklich gelungen, mit Hilfe des Gemeinderates ein Budget zu sichern, wo wir erstmals ein Integrationsprogramm in den Schulen durchführen werden und Sie werden in Kürze davon hören, wir sind noch mitten in Vorbereitungsarbeiten, aber ich denke, das was wir da vorhaben, ist dermaßen ambitioniert, dass ich glaube, dass das sicherlich mit Ihrer Zustimmung erfolgen wird, wenn sie sich da überzeugen lassen, würde ich eine Freude haben, weil genau Integration in Wahlzeiten sollte eine Angelegenheit sein, die wir außerhalb eines Wahlkampfes sozusagen durchführen. Und ich werde meinen Beitrag dazu leisten, dass wir unter Miteinbeziehung der Eltern und der Migrantinnen und Migranten sowie der Alt-Grazer Kinder, so benenne ich sie, mit Hilfe aller Vereine, die wir haben, von ISOP, über Danaida und Sale, unter Einbeziehung dieser Kräfte sozusagen das Integrationsprogramm vorantreiben und schlussendlich wird mir die Schulwegsicherheit ein besonders Anliegen sein. Frau Kollegin, Sie sehen also, dass über das Programm, das Sie angezogen haben, hinaus ich sehr engagiert und ambitioniert ans Werk gehe, ich brauche Ihre Unterstützung, nicht nur Ihre, sondern Ihrer aller Unterstützung, damit wir für das

Wichtigste in dem gesellschaftlichen Bereich, nämlich für unsere Kinder und deren Bildung, wirklich wieder einen Schritt weiter nach vorwärts kommen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Es gibt noch eine Zusatzfrage von mir. Also ich habe jetzt viel gehört und vieles von dem, das sind Dinge, die auch unterstützenswert sind, manches haben Sie nicht ausgeführt, das mit der Integration, da kann ich noch nichts dazu sagen. Aber ich habe den Eindruck, das ist alles ein bunter Fleckerlteppich, von da ein bisschen, von da ein bisschen, ich sage nicht, dass das nicht notwendige Dinge sind und ich unterstütze auch gerne, wenn ich weiß, wohin es geht. Wenn ich weiß, was ist der Bogen, der hier gespannt wird, wenn ich nur das Gefühl habe, ich weiß nicht, was das Ziel ist, aber Hauptsache, ich bin ganz schnell dort, na dann kann ich nicht unterstützen. Das heißt, daher habe ich ja meine Frage eher in die Richtung gestellt, welches pädagogische Konzept könnte es geben und da gibt es keine Kompetenzeinschränkung für Sie als Stadtrat. Selbstverständlich gäbe es die Kompetenzeinschränkung, wenn Sie sagen, ich bin der Miedl, Stadtrat von Graz, zuständig für Schulen und ich will, dass die Schulen so und so sind, das wäre, aber das tun Sie ja sowieso nicht, also was für mich interessant wäre, ist schon sozusagen ein Stadtrat, der impulsgebend ist und das können Sie, das hat mit Kompetenz gar nichts zu tun. Impulsgebend, netzwerkbildend mit den Schulen, um wirklich ein pädagogisches Gesamtkonzept zu erarbeiten, den eines kann ich Ihnen sagen aus eigener Erfahrung, dass die Pflichtschulen und darum habe ich am Anfang nicht umsonst gesagt, dass sich die LehrerInnen wirklich redlich bemühen mit viel Engagement, dass aber dieses Bemühen nicht mit allzu viel Erfolg verbunden ist, weil die Strukturen einmal so sind, wie sie sind. Und da erwarte ich mir von Ihnen auch ein politisches Eintreten, Ihre Leute sind auf Landesebene und Ihre Leute sind auf Bundesebene erreichbar und da wünsche ich mir einen engagierten, schwarzen Schulstadtrat, der sagt, so wie er auch bei anderen Dingen, wenn es um Verbote geht oder jemand, Entschuldigung, wenn ich jetzt das sage, „Wadlviririchten“ geht, da sind Sie ganz stark, also ich wünsche mir das auch in solchen Bereichen. Meine Zusatzfrage jetzt an Sie, Herr Stadtrat Miedl. Das kostet alles viel Geld, wenn Sie da jetzt weiterarbeiten wollen, was mich interessiert und darum bin ich ja eh, die Frau Meißlitzer wollte die Fragen stellen, aber sie passt durchaus, und ist auch in meinem

Interesse, zu mir. Können Sie uns sagen, wie viel Kosten haben Sie bis jetzt ausgegeben, jetzt so insgesamt, Kosten ausgegeben für diese Feng-Schule-Werbung?

StR. **Miedl**: Also Frau Gemeinderätin, lassen Sie mich ihr engagierter schwarzer Schulstadtrat sein, ich bin es gerne (*Applaus ÖVP*). Ich sage Ihnen jetzt ein Beispiel, ich habe, und das ist mir wirklich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, insgesamt ein hohes persönliches Anliegen, die Integration im Schulbereich von Migrantenkindern sozusagen voranzutreiben. Ich habe mir eine Überlegung gemacht im vorigen Jahr, nämlich die, das ist ein zusätzliches Problem, dass Kinder, die während ihrer Schulzeit ihre Heimat verlassen und zu uns herkommen, der deutschen Sprache nicht mächtig unter dem Jahr, unter dem Schuljahr sozusagen eingebunden werden in die Ausbildung. Sie können der Ausbildung nicht folgen, die PädagogInnen müssen sich mit sehr hohem Zeitaufwand diesen Kindern widmen und die gesamte Klasse leidet darunter. Und ich habe mir damals erlaubt, einen Vorschlag an die PädagogInnen zu richten, ich sage Ihnen dazu, dass ich permanent mit unseren Direktorinnen und Direktoren in Verbindung bin, wie auch mit allen Helfern im Schulbereich und habe mich dann sozusagen mit meiner Kreativität und mit meinem Engagement darauf verstiegen, mich in die Pädagogik einzumischen. Und es waren die beiden Bezirksschulinspektoren, die gesagt haben, ihr Engagement sehr in Ehren, Herr Schulstadtrat, aber das ist nicht Ihre Kompetenz, wir können gerne Anregungen aufnehmen, aber das pädagogische Konzept ist meines.

Zwischenruf GR. Pleyer: Herr Stadtrat, wir warten auf Ihre Antwort.

StR. **Miedl**: Ich komme zu der Antwort ganz sicher, weil ich gebe jede Antwort und ich versuche keine Antwort schuldig zu bleiben und ich denke nur, weil es angeschwungen ist, sollte man das auch erklären. Frau Kollegin, es gibt insgesamt

vier Schwerpunkte in meiner Arbeit, der eine Punkt ist der gesamte Bereich der Gesundheit unserer Kinder- und Gesundheit und Wohlfühlen ist sehr oft miteinander verbunden. Ich hätte da noch so viele Ideen, was man im Schulgesundheitsbereich noch voranzutreiben hätten. Bewegung für unsere Kinder, da bin ich mit dem Stadtrat Eisensberg in Kontakt, weil uns da auch mehr gelingen sollte. Ich habe die Überlegung, dass wir im Bereich der gesunden Ernährung verstärkt mit den Eltern arbeiten und darum auch, meine Damen und Herren, die Information an die Eltern, nämlich Mittwoch ist Obsttag. Wissen Sie, warum ich das gemacht habe, weil das haften bleibt, du musst mit Bildern arbeiten, damit das haften bleibt. Daher, Frau Kollegin, habe ich versucht, Eltern und Kinder miteinzubinden, nämlich das Beziehungsdreieck zu verstärken. Darüber hinaus, Frau Kollegin, ist mir die ganztägige Betreuung von unseren Kindern wahnsinnig wichtig, nicht allein der Eltern wegen, sondern auch, damit die Kinder eine adäquate Betreuung, pädagogisch hochwertig bekommen. Es gab vor kurzem das Gespräch mit unseren Organisationen, die anbieten diese Kinderbetreuung und wir sind, obwohl die gesetzliche Situation immer schwieriger wird. Sie müssen sich vorstellen, wir haben eine bundesgesetzliche Situation, eine landesgesetzliche Situation und die Kommunen müssen das austragen, das heißt, auch da bin ich sehr bemüht, und schlussendlich natürlich die bauliche Situation. Sie wollen jetzt von mir konkret wissen, was ich noch vorhabe oder was das gesamt gekostet hat.

Zwischenruf GRin. Binder: Nein.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Was die Werbemaßnahme gekostet hat.

StR. **Miedl:** Bitte gerne, ich habe vor zirka einem Dreiviertel-Jahr im Sinne des Eckwertbudgets aus der Bau- und Anlagenbehörde 100.000 Euro transferiert, um genau in dem von mir erwähnten Sinne Aktionen im Schulbereich sozusagen zu

initiieren. Ich sage Ihnen, da kommt wahnsinnig viel, irrsinnig gut bei den Eltern an, ich könnte Ihnen wirklich sehr, sehr viele positive Antworten auf meine Aktionen oder auf unsere Aktionen zeigen. Und von dem Geld, von den 100.000 Euro ist rund die Hälfte noch für Aktionen für das heurige Jahr vorhanden. Damit wird für das heurige Jahr auch noch ein bisschen ein Geld für die eine oder andere Schwerpunktaktion zur Verfügung stehen. In dem Sinne freue ich mich auf ein gemeinsames Miteinander im Sinne unserer Schulkinder für das heurige Jahr (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich darf alle daran erinnern, dass die Fragestunde nur eine Stunde dauert, das sind 60 Minuten und wir noch viele Fragen hätten.

5) Stadtmuseum

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Uray-Frick**: Ich bemühe mich auch in meinem Motivenbericht immer sehr kurz zu sein, ich gehe davon aus, Werner, dass du engagiert bist und du brauchst mir das dann nicht lange erklären, ich bitte dann um eine möglichst kurze Antwort. Ohne irgendjemandem nahe treten oder Zeitungsmeldungen kommentieren zu wollen, scheint es mir notwendig, das Stadtmuseum zu thematisieren. Es geht mir dabei nicht darum, hier zu klären, was in der Vergangenheit falsch oder zumindest nicht optimal gelaufen ist und wer welche Fehler gemacht hat. Als Gemeinderätin der Stadt Graz muss ich aber kritisch anmerken, dass in jüngster Vergangenheit unser Stadtmuseum zwar so oft wie schon lange nicht in den Medien zu finden war, doch leider nicht positiv. So waren es nicht Reportagen über schöne Ausstellungen oder gar neue Besucherrekorde, sondern durchwegs negative Berichte über Fehlbestände, die dann keine waren, über eine „Unternehmenskultur“, die bei den Grazerinnen und Grazern den Eindruck einer zerstrittenen Chaotenpartie hinterlassen muss.

Ohne mich nun in die jüngsten Auseinandersetzungen einzumischen, möchte ich dir, lieber Werner, schon sagen, dass es auch Aufgabe eines Stadtsenatsreferenten ist, dafür zu sorgen, dass die ihm zugeordneten Abteilungen und Institutionen der Stadt und deren Ansehen in der Öffentlichkeit nicht Schaden nehmen. Es darf doch wohl vom ressortzuständigen Stadtsenatsreferenten erwartet werden, dass er nicht Öl ins Feuer gießt, sondern versucht und bemüht ist, möglichst rasch und ohne viel Aufsehen, Dinge ins Lot zu bringen und seine Mitarbeiter in finanziell schwierigen Situationen, auch wenn sie für ihn nicht pflegeleicht sein mögen, nicht auch noch öffentlich anzupatzen und im Regen stehen zu lassen. Loyalität ist keine Einbahnstraße!

Wir haben uns im Gemeinderat zum Stadtmuseum bekannt, also haben wir auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass dieses Stadtmuseum seinen Aufgaben gerecht wird.

Ich stelle daher an dich, lieber Werner, die

F r a g e :

Was gedenkst du zu tun, um das Stadtmuseum aus den negativen Schlagzeilen zu bringen und den Grazerinnen und Grazern wieder ein positives Bild unseres Stadtmuseums zu vermitteln?

StR. **Miedl:** Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Maxie! Du hast Recht,...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Das weiß ich, ich habe fast immer Recht, Werner.

StR. **Miedl:** ...und ich sage gleich und es war aus meiner Sicht nicht richtig, wie ich mich in der letzten Gemeinderatssitzung gegenüber dem Stadtmuseumsdirektor verbal verhalten habe, das war nicht richtig und ich denke, wir haben hier eine höhere Verantwortung und wir dürfen hier auch nicht unseren Emotionen freien Lauf lassen, da gebe ich dir Recht. Ich werde mich daher sehr bemühen, allerdings bedarf ein solches Bemühen immer auch des Entgegenkommens der anderen Seite. Es gab heute ein sehr gutes und sehr intensives Gespräch mit dem Museumsdirektor Dr. Hochreiter und ich will Ihnen berichten, dass wir uns beide darauf verstanden haben, im heurigen Jahr sehr intensiv für ein konstruktives Wirken im Stadtmuseum einzusetzen. Und, Frau Gemeinderätin, ich will dir jetzt ein paar Dinge sagen, die natürlich da auch dazugehören. Wir sollten zum einen einmal sehen, dass Museumsdirektor Hochreiter gekommen ist und ab der ersten Minute, wo er da war, das Arbeiten für ihn unter permanenter medialer Beobachtung einfach nicht leicht war. Es war die Analyse die, dass keinerlei Inventur vorhanden war und wenn es eine großartige Leistung vom Direktor Hochreiter gegeben hat, dann doch die, dass in der Zwischenzeit, meine Damen und Herren, zwei solche Bücher da sind mit einer Auflistung von Kunstinventar in jedweder Hinsicht. Das sind mehrere tausend Arbeitsschritte, Frau Kollegin und meine Damen und Herren des Gemeinderates, und es war eine Heidenarbeit, die zugegeben mit einem zusätzlichen finanziellen Aufwand von 80.000 Euro bewerkstelligt werden konnte.

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Ich habe die Arbeit von Dr. Hochreiter nicht kritisiert.

StR. **Miedl:** Ich will damit nur erläutern, dass das Stadtmuseum ohne mein Zutun und ohne Zutun des Museumsdirektors permanent unter medialem Beschuss von verschiedensten Seiten, und hier sind viele Fraktionen hier im Gemeinderat nicht ausgenommen, war. Und in der Situation muss man ganz einfach dann auch eine Rechnungshofprüfung über sich ergehen lassen, auf der einen Seite aufbauen, auf der anderen Seite die Prüfung und viele der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

werden mir wahrscheinlich Recht geben, ich habe mich immer schützend vor den Direktor Hochreiter gestellt. Daher, meine Damen und Herren, und das gegenüber Angriffen, die ungerechtfertigt waren und das, was jetzt das Wesentliche ist, ich habe mich mit Direktor Hochreiter heute darauf verstanden, dass wir ab sofort den Schülerinnen und Schülern dieser Stadt und darüber hinaus den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt einen unentgeltlichen Eintritt ins Museum möglich machen, erster Schritt. Zweiter Schritt, wir haben uns darauf verstanden, dass wir das historische Graz in einer Dauerausstellung, die leider in der Form, wie es Hochreiter und Miedl möchten, noch nicht möglich ist, aber doch auch ins Zentrum unserer politischen Absicht stellen und es wird Möglichkeiten geben, das eine oder andere auch im Museum auszustellen, es ist relativ neu die Idee, aber es wird uns möglich sein, dass der Schwerpunkt, den der Gemeinderat festgelegt hat, auch umgesetzt werden kann. Und drittens, meine Damen und Herren, habe ich mich mit Direktor Hochreiter heute, und dafür bedanke ich mich ganz besonders, darauf verstanden, dass wir gemeinsam Synergien finden werden mit anderen Institutionen in dieser Stadt, wo wir diese schwierige Zeit der finanziellen Austrocknung mit hoher Qualität einigermaßen gut überstehen können. Das sind die drei Vorhaben, die Hochreiter und Miedl sich heute in die Hand versprochen haben, im Interesse des Stadtmuseums und der Grazer Bürger, glaube ich, dass es aufwärts gehen wird, davon bin ich überzeugt. Ich brauche natürlich die Mithilfe des gesamten Gemeinderates und denke und bitte, das Abrüstung da auf allen Ebenen gut täte, nämlich, wenn ich einen Konsens habe und permanent von anderen Fraktionen wieder ins politische Geschehen gebracht werde, ist es auch nicht gerade einfach. Das heißt, wir alle haben uns zu bemühen, ich werde meinen Beitrag dazu leisten gerne (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Uray-Frick**: Ich habe keine Zusatzfrage außer, dass wir sozusagen frei nach dem Wort in der Bundeshymne "Hoffnungsfroh in die Zukunft" schauen können.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.

6) Senkung der Klassenschülerhöchstzahl – Gebäudeausbauten

GRin. **Bauer** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Bauer**: Es geht um die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl, Gebäudeausbauten in Schulen. Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl war uns als ÖVP und mir speziell als Lehrervertreterin natürlich immer ein großes Anliegen. Durch den Beschluss zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahl im Landtag haben wir im schulischen Bereich ein lang angestrebtes Ziel, zumindest ab der 1., 5. und 9. Schulstufe, erreicht.

Da diese Senkung der Klassenschülerhöchstzahl natürlich auch mit erheblichen Kosten für die Stadt Graz verbunden ist, ich denke da an Gebäudeausbauten, die laut Auskunft des Stadtschulamtes an die 2 Millionen-Euro-Kosten verursachen werden, stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Hat es bereits von deiner Seite her Gespräche mit Bund und Land diesbezüglich gegeben, dass rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden können und eine finanzielle Bedeckung gegeben ist, da ja die Schulorganisation ab Herbst 2007 davon betroffen ist?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich bedanke mich für die Frage, auch wenn ich gleich zu Beginn feststellen möchte, dass sie meinen Zuständigkeitsbereich nicht berührt. Ich habe mich aber trotzdem bemüht, da eine Klärung herbeizuführen. Tatsache ist, dass kein weiterer Finanzaufwand auch seitens des Schulamtes im Zusammenhang mit den noch nicht geltenden Normen besteht. Dankenswerterweise hat sich die Frau Landesrätin Vollath in ihrer Landtagsinitiative bereit erklärt, dafür zu sorgen, dass allfällige Adaptierungen, vor allem durch zusätzliche Personalaufnahmen, erzielt werden sollen und damit vermieden werden soll, dass auf Gemeinden allfällige Kosten zukommen und aus Sicht des Stadtschulamtes, ich habe es vorhin gesagt, habe ich mich noch einmal vergewissert, sind für uns keine weiteren Kosten zu

erwarten. Bestenfalls wird die neue Teilungszahl erst auch mit einer entsprechenden gesetzlichen Entwicklung auf Bundesebene für uns schlagend werden.

GRin. **Bauer:** Ich möchte dazu nur noch ganz kurz anmerken, dass das nicht ganz so richtig ist, weil insofern, wenn laut Auskunft des Herrn Dr. Just vom Stadtschulamt sehr wohl mit hohen Kosten, was Gebäudeausbauen und Klassenausbauten betrifft, gerechnet wird, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass das jetzt nicht Realität ist und weiters möchte ich noch sagen, ein zusätzlicher Lehrer in der Klasse löst kein Raumproblem, das ist eine Feststellung, die ganz klar zu treffen ist.

StR. Dr. **Riedler:** Muss ich trotzdem widersprechen, das stimmt nicht, es ist tatsächlich so, auch vor allem im Zusammenhang mit dem Initiativantrag auf Landesebene, dass eben durch eine Ausweitung des Personals die Teilungszahl oder das Erreichen der Teilungszahl vermieden werden soll, das ist mein Informationsstand und ausdrücklicher Hinweis auch aus dem Stadtschulamt, dass es zu keinen Mehrkosten kommen wird. Im Übrigen ist auch der zuständige Stadtrat Miedl auf mich noch nicht zugekommen mit einem Wunsch, dass es hier irgendwelche finanzielle Bedeckungsnotwendigkeiten gebe und nachdem ich die gewissenhafte Arbeit vom Kollegen Miedl kenne, gehe ich davon aus, dass er das getan hätte, wenn es notwendig wäre.